

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

16. WP - 100. Sitzung

am Mittwoch, dem 19. Juni 2009, 9:30 Uhr  
im Sitzungszimmer 31 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Thomas Stritzl (CDU)

Anette Langner (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Seite**

**Kein CO<sub>2</sub>-Endlager in Nordfriesland**

4

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/2647

(überwiesen am 7. Mai 2009 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/4390, 16/4391, 16/4393, 16/4400

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 9:32 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

### **Kein CO<sub>2</sub>-Endlager in Nordfriesland**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/2647

(überwiesen am 7. Mai 2009 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/4390, 16/4391, 16/4393, 16/4400

Der Vorsitzende, Abg. Arp, weist einleitend auf die in Berlin getroffene Entscheidung hin, die Beratung des CCS-Gesetzentwurfs vorerst von der Tagesordnung des Deutschen Bundestags zu nehmen. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob die vom Wirtschaftsausschuss für den 1. Juli d. J. in Aussicht genommene Anhörung zum Antrag der Abgeordneten des SSW betr. Kein CO<sub>2</sub>-Endlager in Nordfriesland, Drucksache 16/2647, zu dem Datum durchgeführt werden sollte. Wenn der Wirtschaftsausschuss dieser Meinung wäre, müsste man sich heute über den Kreis der Anzuhörenden verständigen.

Abg. Matthiessen erklärt, dass die Behandlung des CCS-Gesetzentwurfs im Deutschen Bundestag eventuell nur um 14 Tage verschoben werde. Aus seiner Sicht gehe es darum, dass sich der Wirtschaftsausschuss hier im Wege der Anhörung von Experten zu CCS beraten ließe. Insofern habe sich aus seiner Sicht an den Bedingungen für das Anhörungsverfahren nichts geändert.

Abg. Harms erklärt, dass er vorab schon gehört habe, dass es in dieser Sitzung den Wunsch geben könne, den Termin für die Anhörung zu verschieben, aber die Anhörung an sich grundsätzlich nicht. Gestern habe der Landtag die Landesregierung durch einstimmigen Beschluss gebunden, wie sie sich im Bundesrat zu dem CCS-Gesetzentwurf zu verhalten habe. Insofern habe der Landtag seinen Einfluss geltend gemacht und könne man den Parlamentariern nicht vorwerfen, dass man dann, wenn der Anhörungstermin verschoben würde, die Experten zu diesem Thema nicht hören wollte. Sollte tatsächlich der Wunsch auf Verschiebung der Anhörung bestehen, würde er sich dem nicht versperren. Die Diskussion bleibe darüber hinaus oh-

nehin auf der Tagesordnung. So werde auf der Tagesordnung der Juli-Landtagstagung wieder ein Antrag zu CCS stehen.

Abg. Schröder schließt sich den Ausführungen von Abg. Harms grundsätzlich an und bittet darum, den Termin für die Anhörung zu verschieben, um bis dahin auch Klarheit über die Entwicklungen auf Bundesebene zum Thema CCS zu haben. Im Übrigen sei durch den einstimmigen Beschluss des Landtags zum jetzigen Zeitpunkt aus schleswig-holsteinischer Sicht alles zu dem Thema gesagt worden. Abg. Schröder betont sodann noch einmal, dass man die Anhörung wolle, dass es nur darum gehe, den Termin dafür zu verschieben.

Abg. Dr. Garg unterstützt den Vorschlag auf Verschiebung der Anhörung ausdrücklich. Neben dem bisher Gesagten verschaffe eine Verschiebung auch die Möglichkeit, sich auf das Anhörungsverfahren ordentlich vorzubereiten und so möglichst vielen Experten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Deshalb sollte man sich für die Anhörung dann auch einen ganzen Sitzungstag vornehmen.

Abg. Callsen führt aus, seiner Fraktion sei daran gelegen, eine offene, sachliche und ordentliche Diskussion zu dem Thema CCS zu führen, auch die Befürworter und ganz besonders die Kritiker aus den Regionen in den Prozess einzubinden. Aus diesem Grund habe die CDU auch die Anhörung der Landräte von Nordfriesland und Ostholstein beantragt. Wenn hier heute vorgeschlagen werde, den Anhörungstermin, der der CDU-Fraktion recht gewesen wäre, zu verschieben, sei seine Fraktion damit auch einverstanden.

Abg. Schröder betont noch einmal, dass die SPD ausdrücklich für eine Anhörung sei. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, jemand wolle das Thema CCS nicht diskutieren. Vielmehr gehe es darum, diese Thematik sorgfältig abzuarbeiten.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, hebt an dieser Stelle hervor, dass es bei der Anhörung darum gehe, die Auswirkungen eines CCS-Gesetzes auf Schleswig-Holstein zu diskutieren.

Abg. Matthiessen erklärt, aus seiner Sicht sei Hauptmotiv für die Anhörung, dass sich der Wirtschaftsausschuss aktiv in den Meinungsfindungsprozess zum Thema CCS einbringe.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, erwidert, dass der einstimmige Landtagsbeschluss, dass CCS-Gesetz im Bundesrat abzulehnen, eindeutig beweise, dass alle im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Parteien, inklusive der Landesregierung, dieses Vorhaben ablehnten. Mehr könne man auch als Wirtschaftsausschuss nicht erreichen. Bei der Anhörung solle es nur um die Auswirkungen für die Region gehen, wenn das Gesetz doch kommen sollte.

Auf den für die Anhörung von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benannten Rechtsanwalt Dr. Ewer angesprochen, erklärt Abg. Matthiessen, dass Herr Dr. Ewer sich sowohl auf Fachkongressen als auch in der Fachliteratur zu einem CCS-Gesetz geäußert habe. Inwieweit für die Anhörung von Herrn Dr. Ewer ein Honorar anfallen würde, könne er im Augenblick nicht sagen. Abg. Matthiessen bietet an, sich bis zur nächsten Sitzung am 1. Juli danach zu erkundigen, ob Herr Dr. Ewer für seine Anhörung ein Honorar geltend machen würde.

Abg. Dr. Garg zeigt sich verstimmt darüber, dass Abg. Matthiessen hier den Versuch mache, den Eindruck zu erwecken, als könne ein Bundesgesetz durch das Ergebnis einer Anhörung im Wirtschaftsausschuss verhindert werden. Auf die Ausführungen von Abg. Schröder hin könne er, Abg. Dr. Garg, erklären, dass seitens der FDP kein Vorwurf erhoben werde, dass hier zum Thema CCS etwas verschleppt werden solle. Auch er, Abg. Dr. Garg, sei der festen Überzeugung, dass der Landtag alles getan habe, was ein Landesparlament in der jetzigen Situation hierzu tun könne. Das Parlament habe einen einstimmigen Beschluss dazu gefasst, wie sich die Landesregierung im Bundesrat zu einem CCS-Gesetz zu verhalten habe.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die für den 1. Juli 2009 vorgesehene Anhörung auf den 9. September 2009 zu verschieben und in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 1. Juli endgültig über den Kreis der Anzuhörenden zu beschließen.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 9:50 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer